

## Inhalt des Asylmagazins 10–11/2021

<b>Nachrichten</b> . . . . .	<b>.353</b>
<b>Arbeitshilfen und Stellungnahmen</b> . . . . .	<b>.354</b>
<b>Buchbesprechungen</b> . . . . .	<b>.356</b>
Nora Ebeling zu Kluth/Heusch: Ausländerrecht – Kommentar, 2021. . . . .	.356
Clara Büniger zu Matthies: Relocation (Dissertation, 2021) . . . . .	<b>.357</b>
<b>Themen des Berliner Symposiums 2021</b> . . . . .	<b>.358</b>
Kerstin Müller: Sekundärmigration von international Schutzberechtigten innerhalb Europas . . . . .	.358
<b>Ländermaterialien</b> . . . . .	<b>.367</b>
UNHCR: Position zur Rückkehr nach Afghanistan. . . . .	.367
OVG Nordrhein-Westfalen: Keine Dublin-Überstellung nach Italien bei Verlust der Unterkunft. . . . .	.371
<b>Asylrecht, internationaler Schutz und nationale Abschiebungsverbote.</b> . . . . .	<b>.378</b>
OVG Bremen: Familienasyl für Eltern, wenn ihr Kind bei ihrer Asylantragstellung noch minderjährig ist . . . . .	.378
<b>Asylverfahrens- und -prozessrecht.</b> . . . . .	<b>.381</b>
BVerfG: Mögliche Befangenheit eines Richters wegen Zweifeln an der Neutralität in Migrationsfragen . . . . .	.381
Schutz in anderem EU-Staat (»Anerkannte«) . . . . .	.382
BVerwG: Zuständigkeit für nachgeborene Kinder von »Anerkannten« bei fehlendem Aufnahmegesuch . . . . .	.382
VG Hannover: Erfolgreiche Untätigkeitsklage gegen das BAMF in Griechenland-Verfahren . . . . .	.384
<b>Aufenthaltsrecht</b> . . . . .	<b>.386</b>
BVerwG: Regelausschluss beim Nachzug von Eheleuten zu subsidiär Geschützten zulässig . . . . .	.386
OVG Berlin-Brandenburg: Keine Ausbildungsduldung bei Ausbildungsbeginn mit Aufenthaltstitel . . . . .	.388
Anmerkung von Kirsten Eichler zur Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg . . . . .	.390
<b>Arbeitserlaubnisrecht.</b> . . . . .	<b>.392</b>
VG Greifswald: Kein Arbeitsverbot bei ausreichender Mitwirkung an der Passbeschaffung. . . . .	.392
<b>Staatsangehörigkeitsrecht</b> . . . . .	<b>.393</b>
<b>Abschiebungshaft und Ingewahrsamnahme</b> . . . . .	<b>.393</b>
BGH: Rechtswidrige Überstellungshaft einer Mutter zweier minderjähriger Kinder. . . . .	.393
<b>Sozialrecht.</b> . . . . .	<b>.396</b>

### Asylmagazin – Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht

Das Asylmagazin liefert aktuelle Hintergrundinformationen zu den rechtlichen Fragen rund um die Themen Flucht und Migration. Der Abonnement-Preis beträgt 65 € für neun Ausgaben im Jahr. Weitere Informationen finden Sie bei [www.asyl.net](http://www.asyl.net) sowie bei [menschenrechte.ariadne.de/zeitschrift-asylmagazin](http://menschenrechte.ariadne.de/zeitschrift-asylmagazin).



**Matthies: Relocation (Dissertation, 2021)**

Von Clara Bünger, Berlin

Der Verfasser untersucht in seiner Dissertation die im September 2015 innerhalb der Europäischen Union geplante Umverteilung im Rahmen der Beschlüsse »Relocation I« und »Relocation II«. Mit diesen Programmen sollten 160.000 Asylsuchende aus Griechenland und Italien in andere Mitgliedstaaten umgesiedelt werden. Zugleich sollten – im Sinne des »Grundsatzes der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter den Mitgliedstaaten« entsprechend Art. 80 AEUV – die Fehlallokationen des Dublin-Systems ausgeglichen werden. Matthies untersucht neben der individuellen Rechtsposition der Antragstellenden im Umsiedlungsverfahren auch die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission für einen permanenten Allokationsmechanismus im Rahmen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).

Anschließend an das einleitende erste Kapitel befasst sich Kapitel 2 mit den bisherigen Umsiedlungsmaßnahmen der Europäischen Union. Neben der Umsiedlung von Personen aus Malta zwischen 2009 und 2013 sind besonders die genannten Umsiedlungsbeschlüsse I und II, die während der sogenannten Flüchtlingskrise im September 2015 vom Rat angenommen wurden, Gegenstand seiner Prüfung. Gerade für Griechenland – einem der Haupt-Ersteinreisestaaten – spielte das allerdings kaum noch eine Rolle: Denn durch den 2016 beschlossenen »EU-Türkei-Deal« wurden de facto alle auf den griechischen Inseln in der Ostägäis ankommenden Schutzsuchenden von der Umsiedlung ausgeschlossen.

In Kapitel 3 befasst sich der Autor mit der primärrechtlichen Konformität der Beschlüsse. Besonders detailliert untersucht Matthies das Auswahlkriterium entsprechend Art. 3 Abs. 2 der Umsiedlungsbeschlüsse, wonach nur Personen aus Staaten mit einer Schutzquote von mindestens 75 % (im Unions-Durchschnitt ermittelt anhand vierteljährlicher Eurostat-Daten) einen Umsiedlungsantrag stellen dürfen. Bei diesem Ausschlusskriterium handele es sich zwar um eine Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, eine Berufung auf Art. 18 AEUV bzw. Art. 21 GrCH-EU sei jedoch für Drittstaatsangehörige nicht möglich, so Matthies.

Kapitel 4 enthält eine umfangreiche Einordnung des Grundsatzes der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter den Mitgliedstaaten, auf die sich die Umsiedlungsbeschlüsse in ihren Erwägungsgründen im Sinne des Art. 80 AEUV beziehen. Matthies kommt hier richtigerweise zu der Schlussfolgerung, dass Solidarität zwar ein Grundsatz des europäischen Asylsystems ist, die Entwicklung der Solidarität im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem bisher jedoch von Zurückhaltung geprägt war, wenn es darum ging, direkte Verantwortungsausgleichsmaßnahmen zu implementieren. Die Umsiedlungsbeschlüsse sieht Matthies als Wendepunkt

und echte Instrumente für ein *responsibility sharing*, weil erstmals Umsiedlungsverpflichtungen enthalten sind. Ein effektives Verantwortungsallokationssystem ist nach Matthies nicht ohne einen physischen Korrekturmechanismus denkbar, womit eine tatsächliche Umsiedlung von Personen gemeint ist, wie ihn die Umsiedlungsbeschlüsse für Notfälle etabliert haben. Er sieht in den Umsiedlungsmaßnahmen eine Verwirklichung des Solidaritätsprinzips und in der Nichteinhaltung der Umsiedlungsbeschlüsse daher einen Verstoß gegen Art. 80 S. 2 AEUV.

Sehr lesenswert ist Kapitel 5, das die Umsiedlung aus individueller Perspektive der Antragstellenden untersucht. Auch hier bezieht Matthies den EU-Türkei-Deal wieder als »Gamechanger« der Umsiedlungsbeschlüsse in seine Untersuchung mit ein. Der pauschale Ausschluss aller Antragstellenden vom Geltungsbereich der Umsiedlungsbeschlüsse verletze zum einen die Umsiedlungsbeschlüsse, zum anderen Unionsprimärrecht. Aufschlussreich sind auch die Ausführungen zu den datenschutzrechtlichen Implikationen, wie etwa die fehlende Mitteilung über den Ausschluss vom Umsiedlungsverfahren. Der insgesamt lückenhafte Schutz der Umsiedlungskandidat:innen und deren fehlende Rechtsschutzmöglichkeiten haben unter anderem zu einer weniger effektiven Durchsetzung der Umsiedlungsbeschlüsse geführt.

In Kapitel 6 fasst Matthies seine Ergebnisse zusammen. Zwar waren die Umsiedlungsbeschlüsse aus seiner Sicht eine Solidaritätsmaßnahme im Sinne des Art. 80 AEUV und damit ein Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Die tatsächlich geringe Implementierung zeige aber auch eine fehlende Bereitschaft zur Solidarität.

An das Ergebnis schließen in Kapitel 7 ein Ausblick und Empfehlungen an, für die Matthies den Vorschlag der EU-Kommission zum GEAS von September 2020 einbezieht. Der Autor hat zwanzig Empfehlungen für die Etablierung eines dauerhaften Umsiedlungsmechanismus verfasst. Zunächst fordert er eine explizite Rechtsgrundlage sowohl für das Verfahren als auch für die Einbindung europäischer Agenturen. Dabei solle es nicht nur eine Verpflichtung für das »Ob« der Beteiligung geben, sondern auch das »Wie« solle durch einen Referenzschlüssel und klare Pflichten für Mitgliedstaaten gewährleistet werden. Er empfiehlt – anders, als es im Kommissionsvorschlag vorgesehen ist – eine Ausgestaltung mit subjektiven Rechten für die Umsiedlungskandidat:innen während des Umsiedlungsverfahrens. Er schließt mit der folgerichtigen Forderung nach einer Etablierung eines Rechtsbehelfs bei Ablehnung im Umsiedlungsverfahren.

Die Dissertation ist aufgrund der aufgezeigten detaillierten fachlichen Prüfung und ihrer Praxisbezüge sowohl für die akademische Welt als auch für interessierte Rechtsanwender:innen lesens- und empfehlenswert.

- **Thomas Matthies**, *Relocation – die Umsiedlung von Asylbewerbern in der europäischen Union*, LIT Verlag, Berlin 2021, 356 S., 44,90 €, ISBN 978-3-643-14863-6.